

Bezugsbedingungen und Einzelgenabteilung
find in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-293
Tel.-Korrespondenz: Sozialdemokrat Berlin

Vormärz

Berliner Volksblatt

Verlag und Einzelgenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Bocula SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2800-2802

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Arbeitskrise im Westen.

Generalstreik im linksrheinischen Braunkohlenrevier?

Essen, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Betriebsrat- versammlung der Braunkohlenarbeiter nahm gestern in Essen in einer Versammlung zur Lage im Revier Stellung. Nach einem Bericht über die Lage und einer teilweise sehr erregten Debatte wurde beschlossen, daß sich die Belegschaften aller Gruben mit den bereits im Ausland befindlichen Gruben solidarisch erklären und vom kommenden Montag ab in den allgemeinen Ausstand treten. Gegen den Vorschlag, eine Abstimmung unter den organisierten Arbeitern des Reviers vorzunehmen, erhob sich kein Widerspruch. Wahrscheinlich werden sich heute die meisten Belegschaften mit dem Beschluß der Funktionärskonferenz beschließen und endgültig entscheiden. Bei der allgemein herrschenden Stimmung ist jedoch mit Sicherheit zu erwarten, daß die übergroße Mehrzahl der zu Befragten dem Beschluß beitreten wird. Es wurde eine vorläufige Streikleitung gewählt, in deren Hände mit Beginn der Bewegung die Exekutivgewalt übergehen wird. In der Versammlung wurde die Meinung der Organisationsleiter für zum Ausdruck gebracht.

Mahgebend für die Verbände ist die Entscheidung der Konferenz am vergangenen Sonntag, in der die Gewerkschaftsführer ausdrücklich die Erklärung abgaben, daß die Organisationen unter allen Umständen am Achtstundentage festhalten wollen. In dieser Erklärung ist eingeschlossen der Wille, zur Sicherung des Achtstundentages alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden. Für jeden, der davon will und hören kann, heißt das, daß die Gewerkschaftsführer dann, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, auch den letzten Schritt tun wollen, d. h. zum offenen Kampfe überzugehen. Es gibt also keine Möglichkeit der Meinung der organisierten Arbeiterschaft und den Organisationsführern über Zweck und Ziel der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten. Sie sind einzig in der Erkenntnis, daß für den Achtstundentag gekämpft werden muß. Differenzen bestehen nur in der Bestimmung des Zeitpunktes, wann die letzte Phase des Kampfes zu beginnen hat. Die Organisationsleiter sind der Auffassung, daß der augenblickliche Zeitpunkt zu früh gewählt ist. Bisher haben neun Gruben die Arbeit eingestellt.

Clives Bericht.

Der englische Generalkonsul Clive hat den Gesamt- druck seiner Feststellungen in der Pfalz Pressevertretern gegenüber dahin zusammengefaßt, daß die „autonome Regierung“ der Pfalz mehr als 90 Proz. der Bevölkerung gegen sich habe und daher auf die Dauer nicht zu halten sei. Die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung haben dem Generalkonsul gegenüber, trotz der Anwesenheit seiner französischen Begleiter mit Mut und Offenheit ihre Beschwerden gegen die Separatisten und ihre französischen Förderer vorgebracht und einstimmig betont, daß sie diese Bestrebungen verurteilen und am Reich und an Bayern festhalten.

Die französische Propaganda in der Pfalz wird auf jede nur mögliche Weise betrieben. So war für Sonntag, den 8. Januar, bereits zum dritten Male innerhalb eines Monats die Brodtregler zu einem großen Eisenbahnfest der französischen Eisenbahnregie mit Tanz im Saale der Eisenbahndirektion Ludwigsbafen unter dem Vorh. des Regiepräsidenten Dubois eingeladen worden.

Poincaré in der Finanzkommission.

Paris, 19. Januar. (Gca.) In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission der Kammer kam es zu einem Zwischenfall, der vom „Matin“ heute mitgeteilt wird. Man überbrachte Poincaré während der Sitzung eine Mitteilung über den Verlauf der Pariser Wäsche, wo bekanntlich im Verlaufe der Vorkriegszeiten eine neue Halle für denselben eintrat. Poincaré teilte sofort seine Information den Mitgliedern der Kommission mit. Als von der äußersten Linken der Zwischenruf gemacht wurde: „Das ist die Antwort auf Ihre Maßnahmen“, rief Poincaré: „Nein, das sind die traurigen Folgen des Widerstandes, den Sie gestern in der Kammer gezeigt haben. Diese neue Offenheit braucht Sie nicht weiter anzuregen. Sie haben im Gegenteil jetzt doppelt Ihre Pflicht zu tun.“ Poincaré hat in dieser Sitzung, in der sich auch die Postenfrage äußerte, auf nicht weniger als fünfzig Fragen der Mitglieder der Finanzkommission zu antworten gehabt. Außer dem amtlichen Kommuniké, das den Inhalt der, wie es scheint, außer- ordentlich lebhaften Sitzung, die über drei Stunden dauerte, nur unvollständig wiedergibt, wurden noch einige Einzelheiten nachträglich bekannt. Die einleitenden Ausführungen Poincarés, der bekanntlich noch nachmittags in der Kammer fast drei Stunden sprach, dauerten 1 1/2 Stunden. Die Diskussion, die sich daran anschloß, wurde flüchtig derart lebhaft, daß der Vorsitzende der Kommission, Abgeordneter Daviac, die Kommission daran erinnern mußte, daß es nicht möglich sei, in der Kommission in Gegenwart der Regierung eine Diskussion zu beginnen. Poincaré unter- stützt in seinen Darlegungen hauptsächlich die dringende Notwendigkeit, unverzüglich die Regierung zu ermächtigen, in verschiedenen Budgets Ersparnisse und Steuerveränderungen in Betrachtung zu bringen. Da übrigens machte sich während der Sitzung die Auffassung geltend, daß die öffentliche Diskussion der Finanzfrage nicht wie ursprünglich anberaumt war, Dienstag, sondern erst Mittwoch, oder sogar vielleicht erst Donnerstag, stattfinden kann. In der Nachmittagsitzung äußerte sich dann die Kommission zu- gunsten der Ermächtigung für die Regierung, auf dem Wege der Verordnung notwendige Maßnahmen zu treffen, ebenso zugunsten eines Gesetzes über die Kontrolle des Devisen- handels. Hierüber sollen allerdings von der Regierung noch einige

ergänzende Auskünfte eingeholt werden. Den Steuererhöhungen wurde im Prinzip zugestimmt, ohne daß man sich über die Höhe der neuen Belastung ausgesprochen hat. Salz und Zucker sollen von der Steuererhöhung ausgenommen sein. Für die Umsatzsteuer sollen Erleichterungen vorgeesehen werden.

Poincarés Reparationsplan.

Paris, 19. Januar. (T.H.) Poincaré hat im Verlaufe seiner gestrigen Kammerrede Angaben über einen konstruktiven Reparationsplan gemacht, den die französische Regierung ihren Ver- bindeten unterbreitet hat. Poincaré sagte: Wir verlangen einen Mindestbetrag von 26 Milliarden Goldmark auf die Gul- schen A und B. Die Sachverständigen der Reparationskommission werden nach Abschluß ihrer Arbeiten mitteilen, welche Zahlungen Deutschland nach ihrer Ansicht für eine erste Periode zu leisten im- stande ist. Die Reparationskommission wird hierauf entsprechende Beschlüsse fassen und den Betrag der Jahresleistungen Deutschlands bis zum Jahre 1926 festsetzen. Gleich eilig wird sie sich vergewissern, wie weit Anleihen, die durch den Ertrag der er- griffenen Länder gedeckt sind, aufgenommen werden können. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein Teil dieser Anleihe Deutschlands zu seiner finanziellen Wiederauf- richtung überlassen werden dürfte, daß sie aber zum größten Teil zum Zwecke der Reparationen Verwendung finden müßte.

Sachverständigenausschuss und Reichsbahn.

Paris, 19. Januar. (Gca.) Wie ein Kommuniqué des Sachverständigenausschusses der Reparationskommission gestern in den späten Abendstunden mitteilte, hat der Ausschuss be- schlossen, den bekannten Eisenbahnsachverständigen Sir William Ucharh und den Generaldirektor der europäischen Eisenbahn- union den Franzosen Casterle, aufzufordern, gemeinsam einen Bericht über gewisse auf die Eisenbahn bezügliche Fragen auszu- arbeiten. Das Kommuniqué besagt nicht, welcher Art diese Fragen sein sollen. Aber in letzter polnischer Rezension gahnt man zu wissen, daß die Fragen, mit denen sich die genannten Sachver- ständigen zu beschäftigen haben, folgende sind:

1. Welches sind die Gründe für das augenblickliche Defizit der deutschen Eisenbahn?
2. Welche Maßnahmen könnte die Reichsregierung ergreifen, um diesen Gründen zu steuern?
3. Würde es für die Finanzen des Reichs von Vorteil sein, wenn das deutsche Eisenbahnnetz der Privatindustrie abge- treten würde?
4. Würde es nicht möglich, die Ausbeutung der deutschen Eisen- bahn einem gemischten Organismus anzuvertrauen, an dem sowohl allierte als auch deutsche Kapitalien teilnehmen würden, wobei ein Teil des Gewinns an die Reparationskasse ab- geführt werden müßte?

Paris, 19. Januar. (W.T.B.) Nach dem „New York Herald“ aus Cherbourg soll ein weiterer amerikanischer Sachverständiger, nämlich Oberst Leonard Myers, in einem der Sachverständigen- ausschüsse eintreten; er soll an Bord des Campers „Majestic“ an- gekommen sein.

Paris, 19. Januar. (W.T.B.) Nach dem „New York Herald“ wird auch der zweite Sachverständigenausschuss (deutsche Aus- landsgutachten), der am Montag seine Arbeiten aufnimmt, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Mitarbeit heranziehen, so- bald dessen Anwesenheit im ersten Komitee nicht mehr erforderlich ist.

Beilegung der englischen Streikfahrt.

London, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund einer sechsständigen außerordentlichen Sitzung des Generalkon- zils der Gewerkschaften, die gestern abend stattfand, ist man heute etwas opti- mistischer bezüglich der Möglichkeit der Vermeidung des Lokomo- tivführerstreiks. Auf Anregung von Arthur Henderson und Ramsay MacDonald fand eine gemeinsame Sitzung der Vertreter des Lokomotivführerverbandes, der den Schlichterspruch des Bohromies mit Streikkenntnis beantwortet, und des Nationalen Eisenbahnerverbandes und des Verbandes der Eisenbahnangestell- ten, wozu letztere den Schlichterspruch angenommen haben, mit dem Generalkon- zil der Gewerkschaften statt. Man bemühte sich, eine Basis für Verhandlungen mit den Eisenbahngesellschaften sowie auch einen gemeinsamen Boden zwischen den uneinigen Eisen- bahnergewerkschaften zu finden. In der Nacht trat noch die Exek- tive sämtlicher Eisenbahnergewerkschaften zusammen, um gewisse Vorschläge zu prüfen, die auf der Konferenz mit dem Generalkon- zil gemacht worden waren.

Das Verkehrsministerium läßt indessen mitteilen, daß es alle Vorsichtsmaßnahmen bereits getroffen hätte, um im Falle des Streikausbruchs den lebenswichtigen Verkehr ähnlich wie bei dem Streik vom September 1919 zu sichern.

Labour Party für Militärkontrolle durch den Völkerbund

London, 19. Januar. (W.T.B.) Der diplomatische Korrespon- dent des „Daily Telegraph“ erzählt, eine Arbeiterregierung, die national für die Durchführung der Abrüstungsbestimmun- gen des Versailler Vertrages sein würde, werde vielleicht nicht ab- geneigt sein, die von Berlin vorgebrachte juristische Ansicht an- zunehmen, daß den Bestimmungen dieses Vertrages (Art. 213) entsprechend die Kontrolle der deutschen Rüstungen jetzt von der besonderen Kom- mission dem Völkerbund übertragen werde.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

In ihrem Kampf gegen den Achtstundentag behaupten die Unternehmer immer wieder, daß sie damit die „Wiederherstel- lung der deutschen Wirtschaft“ bezwecken. Sie wollen die Arbeitszeit verlängern, weil sie allein damit die Produktion auf den Vorkriegsstand zu heben in der Lage seien. Nach ihren Angaben sind wohl die Produktionskosten unge- heuer gestiegen, die Arbeitsleistung ist aber außerordentlich gesunken.

Die Behauptungen werden dem Kenner und Praktiker der Wirtschaft nicht dadurch plausibler, weil sie in allen den Unternehmern zur Verfügung stehenden Zeitungen fortgesetzt den Lesern um die Ohren geschlagen werden. Denn bislang haben es die Unternehmer wohlweislich vermieden, ihr Ma- terial, das den Nachweis über die durch den Achtstundentag gesunkene Arbeitsleistung erhärten soll, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Ohne einen solchen Nachweis aber ist es un- zulässig, den Abbau des Achtstundentages zu fordern.

Obwohl von keiner Seite dieser Nachweis ernsthaft ge- führt oder versucht worden ist, obwohl die Unternehmer genau wissen, daß er nicht zu führen ist, hat man sich im Reichsarbeitsministerium beeilt, mit der Veröffentlichung der verfassungswidrigen Arbeitszeitverordnung den Wünschen der Unternehmer Rechnung zu tragen. Nicht genug damit, werden jetzt im Reichsarbeitsministerium und von den diesem nachgeordneten Schlichtungsstellen Schiedsprüche gefällt, die den Achtstundentag beseitigen und, um den Standal vollzumachen, werden solche Schiedsprüche auch noch für verbindlich erklärt.

Man sollte nun meinen, daß wenigstens vom Reichs- arbeitsministerium dieses Vorgehen, das für die Arbeiterschaft unerträglich wird, mit irgendeiner wirtschaftlichen Be- weisführung begründet wird. Aber auch das Reichsarbeits- ministerium begnügt sich damit, die beweislosen Behauptungen der Unternehmer nachzusprechen, ohne sich der Mühe zu unterziehen, sie nachzuprüfen. Das mindeste, was das Reichsarbeitsministerium von den Unternehmern verlangen müßte, ist der Nachweis über die Arbeitsleistung vor dem Kriege und ihre Entwicklung seit Einführung des Achtstundentages. Wenn das Reichsarbeitsmini- sterium forscht, die Behauptungen der Unternehmer unge- prüft zu übernehmen, dann begründet es sich selbst zu einer Fiktion des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Der Achtstundentag hat, weit entfernt eine Minderung der Arbeitsleistung herbeigeführt zu haben, die Arbeitsleistung überall da gesteigert, wo die Arbeiter längere Zeit nor- mal beschäftigt worden sind. Wir haben darüber wiederholt genaues Zahlenmaterial aus der Porzellanindustrie veröffentlicht. Heute sind wir in der Lage, ganz ähnliches Material aus der Schuhindustrie zu bringen.

Der Verband der Schuhmacher hat über Ar- beitsleistung und Löhne vor und nach dem Kriege eine Erhebung veranstaltet, deren erste Resultate im „Schuhmacher“ veröffentlicht werden. Wir entnehmen daraus folgende Zahlen:

- I. Mittlere Schuhfabrik in einer Kleinstadt:
Oktober 1913. Arbeiterzahl: 202 Fabrik, 13 Heimarbeiter.
Wöchentliche Produktion in 36 1/2 Stunden durchschnittlich 5000 Paar Schuhe, vorwiegend Spaltartikel. Durchschnittliche Stundenleistung: 0,46 Paar.
November 1921. Arbeiterzahl: 245. Wöchentliche Pro- duktion in 47 Stunden durchschnittlich 5000 Paar Schuhe, Boxkaff, Moc-Pan und Rahmenartikel. Durchschnittliche Stundenleistung: 0,52 Paar.
Dezember 1923. Arbeiterzahl: 260. DurchschnittsStunden- leistung: 0,60 Paar.
Die Leistung pro Stunde ist somit von 1913 bis heute von 0,40 auf 0,60 Paar oder um 50 Proz. gestiegen, obgleich das Pro- dukt sich wesentlich verfeinert hat!

II. Größere Schuhfabrik an norddeutschem Industriepark:

Beschäftigungsart	1914		1923	
	Lohn für 10 Paar	Stunden- leistung	Lohn für 10 Paar	Stunden- leistung
Maschinenwickeln	36 Pf.	30 Paar	28 Pf.	20 Paar
Einleiten	15	70	8,5	70
Reinschneiden	14,2	49	7,5	71
Doppeln	15	69	5	100
Glätten	21	35	12,8	49
Abkühlendrücker	9,6	69	5	100
Schnittstrahlen	88,5	19	25,5	20
Schnittrollieren	29	24	17,5	27

Die Stundenleistung wurde beim Schneiden von 49 auf 71, beim Doppeln wie auch beim Abkühlendrücker von 69 auf 100 Paar hinausgedrückt. Die Lohnminderung erreicht bei manchen Arbeitern 50 Proz.!

III. Mittlere norddeutsche Schuhfabrik: Leistungssteigerung in der Zuschneiderei.

In schwarzer Ware leistete ein Zuschneider vor dem Kriege pro Woche 252 Paar, jetzt 276 Paar. In brauner Ware: vor dem Kriege 210 Paar, jetzt 234 Paar.

Lohn für schwarze Moc-Pan in Boxkaff vor dem Kriege 1,05 M., jetzt 0,83 M., für braune Moc-Pan und Rahmenware vor dem Kriege 1,35 M., jetzt 1,05 M.

Während die Leistung beträchtlich gestiegen ist, ist die Be- zahlung um einen großen Prozentsatz heruntergedrückt!

IV. Erstklassige bayerische Schuhfabrik:

Leistungen und Löhne in der Schafstapelfabrik.

Von einem Zuschneider wurden im Jahre 1914 pro Stunde 4 Paar (Zuschneid) verlangt, jetzt 5 1/2 Paar. Der Stundenlohn war 1914 54 Pf., heute beträgt er 61 1/2 Pf.

1914 kam das Paar auf 13 1/2 Pf., 1923 nur auf 10 Pf. zu sehen! Die Löhne in der Stepperei pro Paar weisen folgende Entwicklung auf:

	1914	1923
Rappenteppen, einmal gesteppt	1 Pf.	1,05 Pf.
zweimal gesteppt	2 .	1,2 .
Endeln	2,5 .	1,17 .
Hinterbesatzteppen	3 .	1,60 .
Rantieren (Herrnortitel)	3,5 .	1,95 .
(Lamenortitel)	3,75 .	1,87 .
(Schuhe)	3,75 .	1,77 .
Müttersteppen, einmal	3,5 .	2,3 .
zweimal	4,5 .	3,2 .
(Dorbb), zweimal	5 .	3,9 .
dreimal	6 .	5,2 .
Befestigteppen, zweimal	6 .	2,7 .

Gleichzeitig zitiert das Blatt eine in der „Wirtschafts-turbe“, Heft II, III und IV von 1922, veröffentlichte Statistik über die Arbeitsleistung in der Lederindustrie, die sich auf die Angaben der Fabrikanten stützt. Nach dieser Statistik war das Verhältnis der Arbeitsleistung unter dem Achtskündentag im Vergleich zur Arbeitsleistung vor dem Kriege folgendes:

Leistung pro Arbeiter und Stunde	1918	1923
X. Oberlederfabrik:		
Bierstapelmachine	100	122 5 Herbst 1922
Folien	100	183 . 1922
Stollen	100	193 . 1922
Stoßen	100	109 . 1922
Abreiben	100	133 . 1922
XI. Große Schuhfabrik:	100	183 (1. Quart. 1923)

Also auch hier eine wesentliche Steigerung der Arbeitsleistung. Diese Beispiele können vermehrt werden.

Aber jedermann weiß, daß es sich bei der Forderung der Unternehmer auf Beseitigung des Achtskündentages in erster Linie um eine politische Forderung handelt. Die wirtschaftliche Seite der Frage kommt für die Unternehmer dabei nur insofern in Frage, als einige von ihnen, besonders die Unternehmer in der Schwerindustrie, glauben, durch die Verlängerung der Arbeitszeit die während der Inflationsperiode erzielten Uebergewinne dauernd erhalten zu können.

Abgesehen von dem wirtschaftlichen Rechenfehler, der darin steckt, muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob das Reichsarbeitsministerium dazu da ist, die wirtschaftliche Kurzsichtigkeit der Unternehmer zum Beweiser der deutschen Wirtschaft zu machen. Jedenfalls wird künftig jeder wissen, daß die Behauptung, infolge des Achtskündentages sei die Arbeitsleistung zurückgegangen, nichts anderes als eine Tendenzlüge ist.

Rechtlose Deutsche in Deutschland.

Die Lage der Auslandsdeutschen.

In der neuen Zeitschrift „Oesterreich-Deutschland“, deren erstes Heft soeben erschienen ist, beschäftigt sich Dr. Richard Wischler mit der Rechtslage der Deutschen fremder Staatszugehörigkeit, die nicht nur kein Wahlrecht besitzen, was eine Folge des Friedensvertrages ist, sondern die auch den hundertlei Schikanen eines überlebten „Fremdenrechts“ ausgesetzt sind. Es handelt sich um etwa 300 000 Menschen, von denen Wischler mit Recht sagt:

Daß sie nicht mündig sein können, und gleich den Unmündigen, Verbrechern und Versinnigen politisch mundtot sind, schmerzt sie als unvertientes Schicksal immer wieder, wäre aber noch erträglich. Nicht erträglich dagegen sind die tausend Kadelstiche deutscher Verwaltungspraxis, die den Volksgenossen in unerträglichem Widerstand die Folgen des aufgezwungenen Ausländer-

tums fügen läßt, ihn sogar in seinem Familien- und Erbrecht schmälert, durch Polizeimaßnahmen skandalisiert, überall hinterfragt, in seiner Erziehung gefährdet und ihn etwa sogar ausweicht! Unkontrolliert, souverän. Denn das ist die schwerste Folge der Nichtwählerereignisse. Während jede Organisation, Gewerkschaft, Genossenschaft am Jahrtage mit ihrem Abgeordneten Abrechnung hält und ihn an seine Pflichten erinnert, während jedes Verwaltungsressort parlamentarischer Kritik unterliegt, fallen im Rechtsleben der Kolonie beide Kontrollen weg. Dem Nichtwähler braucht man keine Vertretung zu versprechen, seine Bedrängnisse interessieren nicht. Auch die Tagespresse und die breite Öffentlichkeit nicht. Gewiß bekennt man sich da und dort zu dem Gedanken der Volksgemeinschaft mit den Brüdern jenseits der Grenze; daß auch diesseits welche leben, leiden und incognito bluten, übersehen man!

Wischer verweist auf den schleppenden Gang des Einbürgerungsverfahrens das die Zulassung eines Auslandsdeutschen zur Reichsbürgerschaft von der Zustimmung aller Landesregierungen abhängig macht, und erzählt mancherlei skandalöse Fälle der Auslieferung und Ausweisungspraxis:

Deutsche Behörden haben es . . . zustande gebracht, einen sozialdemokratischen Deutschböhmen, der 1918 in Karlsbad eine deutsche Rede hielt, deshalb zum Zwecke späterer Auslieferung an die Tschechoslowakei (wegen „Aufruhrs“) einzusperren; ebenso einen anderen, der in der Reichswehr gedient hatte, nach seiner Verwundung in Haft zu nehmen; ferner einen Kärntner, der sich zum Schutze Oberösterreichs freiwillig gemeldet und schwere Wunden erhalten hatte, „wegen unbefugten Grenzüberschrittes“ auszuweisen . . .

Daß die Kritik solcher Zustände, an der sich, wie wir bemerken dürfen, der „Vorwärts“ lebhaft beteiligt hat, nicht ohne besondere Wirkung geblieben ist, gibt Wischler zu. Er hat aber wieder vollkommen recht, wenn er zum Schluß sagt:

„Solange es noch in Bayern und anderwärts Amtsgerichte gibt, die österreichische Volksgenossen wegen unbefugten Grenzüberschrittes zu Gefängnis verurteilen, solange Polizeibehörden auch bei gestalteter Einreise die Aufenthaltsgenehmigung — und schließlich Wohnungsämter trotz Einreiseerlaubnis das Mieten von Wohnungen oder Geschäften verweigern, solange diese vielfältigen Instanzen auch den Oesterreicher nur als Fremden gelten lassen, dem sie Schwierigkeiten zu machen bestrebt sind, solange ist das „allen deutschen Söhnen gemein'ame Vaterhaus“ keine gemeinsame Stätte, sondern ein — Gemeinplatz. Erst bis sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß der Oesterreicher hier kein Gast ist (den man hinauswerfen kann), daß er vielmehr hier ebenso zu Hause ist, wie der Hamburger in Wien, erst bis die letzten Reste parteilich engherziger Verwaltungspraktiken aus dem Beamtengehirn verschwunden sind, kann von einem Sieg großdeutscher Bewußtseins, von einer österreichisch-deutschen Volksgemeinschaft gesprochen werden!“

Das alles sollte eigentlich nur selbstverständlich sein. Ein fremdenpolizeilich betontes „Reichsdeutschum“ ist aber auch nur eine Form des Partikularismus. Die partikularistische Reaktion aber, die der Sozialdemokratie so gern ihre Internationalität vorwirft, ist zwar nicht inter- aber anti-national.

Die deutsche Handelsbilanz.

Die amtliche Mitteilung, daß die deutsche Handelsbilanz im Oktober und November 1923 einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr gezeigt habe, hat im Inland und Ausland außerordentliche Beachtung gefunden. Zahlreich halten die deutschen Kapitalisten behauptet, daß die deutsche Handelsbilanz rettungslos passiv sei, und daß darin die Hauptursache für den Verfall der deutschen Währung liege. Es sei ferner daran erinnert, daß Anfang Oktober der volksparteiliche Reichswirtschaftsminister v. Raumer ebenfalls den dauernden Rückgang der deutschen Ausfuhr behauptet hat. Alle diese Behauptungen müssen jetzt amtlicherseits als Märchen zugegeben werden.

Es will demgegenüber wenig besagen, wenn der Reichswirtschaftsminister Hamm jetzt davor warnt, die Zahlen über die deutsche Handelsbilanz im Oktober und November in

ihrer Bedeutung zu überschätzen. Aber ebensowenig Grund liegt vor, diese Bedeutung zu unterschätzen. Und im Gegensatz zu dem jetzigen Reichswirtschaftsminister, der anscheinend noch keine Gelegenheit gefunden hat, sich über die wichtigsten früheren Feststellungen seines Amtes zu unterrichten, erlauben wir uns den Hinweis, daß die Aktivität der deutschen Handelsbilanz im Oktober und November durchaus keine Einzelerscheinung ist. Auch in anderen Monaten während des Ruhrkampfes ist die deutsche Handelsbilanz aktiv gewesen. Sie war aber vor allen Dingen auch aktiv während des ganzen Jahres 1922, was bisher unter der glorreichen Führung von Helfferich, Havenstein und Stinnes dauernd abgestritten worden ist.

Es dürfte angebracht sein, wenn Herr Hamm sich darüber von seinen Geheimräten unterrichten läßt.

Diäten und Deutschnationale.

Den Pharisäern ins Stammbuch.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist am Donnerstag der demokratische Antrag auf Beseitigung der Aufwandsentschädigung und der Freikarten für ehrenamtlich tätige Bürger abgelehnt worden. Darin kommt die Anerkennung der Tatsache zum Ausdruck, daß die Ausübung von Funktionen für die öffentlichen Körperschaften nicht mehr wie früher lediglich das Vorrecht bestimmter Kreise sein würde, sondern daß sie jedem ermöglicht werden sollte. Die Deutschnationalen, die innerlich die wärmsten Freunde der Diäten sind, entsaften trotzdem wiederum eine demagogische Hege wegen dieses Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung. Weil die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, daß die Auszahlung der Diäten beschränkt werden sollte, bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“: „Zu einer Zeit, da man überall abbaut, könne man unmöglich die Aufwandsentschädigung weiter aufbauen.“ In der Stadt denkt natürlich niemand daran, wer wirklich die Aufwandsentschädigung ausbauen will, das sind — die Deutschnationalen. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß die Deutschnationalen im Reiche Anfang Dezember die Anregung gegeben haben, die Diäten für die Reichstagsabgeordneten auch dann fortzuführen, wenn der Reichstag aufgelöst werden sollte. Wir begnügen uns für heute mit diesem Hinweis und stehen den deutschnationalen Pharisäern mit näheren Einzelheiten auf Wunsch gerne zur Verfügung.

100-Millionen-Anleihe der Reichsbahn.

Hypothekarische Belastung des Grundeigentums.

Wie der Handelsdienst erfährt, werden demnächst der Reichsverkehrsminister und der Reichspostminister durch eine besondere Verordnung die Ermächtigung erhalten, hypothekarisch sicher gestellte Anleihen auszunehmen, um ihren Geldbedarf zu decken. Für die Verzinsung und Rückzahlung haften nur die Einnahmen der Reichsbahn und der Reichspost und das Vermögen dieser beiden. Es werden jedoch Briefe auf Grund dieser Unterlagen ausgegeben, für die natürlich das Reich die Haftung übernimmt. Wie der Handelsdienst weiter erfährt, steht die Reichsbahn bereits in Verhandlung mit der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen wegen Gewährung eines Darlehens von 100 Millionen Goldmark, das mit 6 Proz. ab 1. Januar 1924 zu verzinsen ist. Die Gemeinschaftsgruppe wird diesem entsprechende Goldpfordriefe ausgeben. Weitere Verhandlungen schweben zwischen der Reichspostverwaltung und einer anderen Bankengruppe. Der Reichsfinanzminister behält selbstverständlich die Oberaufsicht für die Finanzgebarung der Verkehrsinstitute.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ dazu dröhelt, hat das Reichsverkehrsministerium mit der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehen die Anleihe über 100 Millionen Goldmark, die unter Umständen auf 200 Millionen erhöht werden kann, bereits abgeschlossen.

Der chinesische General.

Von Joseph Roth.

Ich habe das Porträt eines chinesischen Generals, eines großen Generals, in einer englischen Zeitschrift gesehen. Es war ein Delirium, und man sah genau, daß es ein mongolischer und nicht etwa ein europäischer Heerführer war; man sah die gelbe Gesichtsfarbe und die Schlitzaugen und die flache Nase ohne Burge.

Aber der ausgesprochen mongolische General trug eine europäische Felduniform aus graugrünem Nimitzgrün und einen europäischen Säbel an der linken Seite und viele Auszeichnungen an der Brust, blaue, grüne und rote Bänderchen und Scherfen, von derselben Art, wie sie auch in Europa an Generalsbrüsten und in geheimen Schubladen unserer Bekleidungsstücke zu finden sind.

Es war ein so herrlich-realistischer Farbendruck, der General stand so greifbar, sozusagen solutischbar, auf dem Blatt der Zeitschrift, daß man seinen Säbel schwingen zu hören vermeinte und das sanfte Klingeln seiner Weidwägen und das silberne Läuten der Sporen aus edlem Stahl. Ja, wenn ich mich inbrünstig für ein paar Sekunden in den Anblick des großen Chinesen vertiefte, konnte ich mir die Stimme des Generals vorstellen und den gewaltigen Schall seines Kommandoworts, und ich hörte etwa einen Ruf, wie: „La—hu—bil“ oder: „Me—li—jung“. Und das hieß ungefähr: „Batterie stillgestanden!“ oder: „Riederschützen!“ oder: „Sturm!“ Denn, wenn auch die chinesischen Generale chinesisch kommandierten, so bedeutet der Inhalt ihrer Kommandos doch ungefähr dasselbe, wie der unserer Deutschen. Und die Generale aller Länder der Welt kommandieren immer solche Dinge, wie Schießen, Stürmen, Feuer (beziehungsweise Zeutungen) einstellen, und dergleichen mehr.

Und nun geschah folgendes: Während ich mir so die Kommandos des großen chinesischen Generals vorstellte, veränderten sich allmählich die typischen mongolischen Züge des farbengedruckten Porträts. Die gelbe Farbe des Gesichtes verblaute und wurde europäisch — weiß. Die Nase sprang vor, die schlängelnden Pupillen richteten sich gerade, der kleine schwarze spärliche Schnurrbart sträubte sich und wurde buschig, und vor mir befand sich das Bild eines großen europäischen Generals. Ja, der Chinese war ein Europäer — nur dadurch, daß er ähnliches kommandierte, ja, erlebte.

Es war ein großes Erlebnis, als ich auf der nächsten Seite der englischen Zeitschrift das Bild eines Russen erblickte, eines Rittschabulnik. Auch dieser Mongole hatte eine große Ähnlichkeit mit einem europäischen Generalskommandos oder Obochschon. Auch sein Rücken war gebückt. Auch sein Blick war schlüchtig, wie der schweue Blick eines verfolgten Tieres. Auch seine Füße waren dorb und hingen an mageren Armen.

Und so erkannte ich die geheimnisvollen Zusammenhänge dieser Welt, und so kam ich hinter das Geheimnis, weshalb Generale, die gegeneinander Krieg führen, sich nicht persönlich in den Kampf be-

geben. Denn alle Generale der Welt, die gelben, die braunen, die roten und die schwarzen sind Brüder und wollen einander nicht totschlagen.

Nur die Russen aller Länder, die gelben, die braunen, die schwarzen, die weißen, haben noch nicht erfahren, daß sie auch Brüder sind. Und so schießen sie aufeinander.

Aber das kommt davon, daß die Generale weit häufiger in den illustrierten Zeitschriften abgebildet sind als die Russen.

„Frasquita“.

Operette in 3 Akten von Dr. A. R. Willner und Heinz Reichert. Musik von Franz Lehár. Erstaufführung im neu hergerichteten Thalia-Theater.

Ort der Handlung: Erster Akt: Vor einer Schenke in Barcelona, wo gerade gegenüber Fabrikdirektor Aristide Giro mit seiner Tochter Dolly wohnt, die einerseits von Girots Neffen Armand aus Paris zwecks späterer Heirat und andererseits von dessen Freund Hippolyt, einem läppischen, weißtöndelnden Privatgelehrten zwecks ethnographischer Studien besucht werden. Zigeuner, Zigarettenraucher, Dieberei, Tanz, Eifersucht, eine Rose, die dem Herrn Armand von Frasquitos geschätzter Hand an den Kopf fliegt, leiten die Liebe. — Zweiter Akt: Die Bombe platzt. Armand läßt Frasquita, der Onkel ermächtigt ihn, spielt den Moralischen für seine Tochter Dolly, läßt die Verlobung Armands mit Dolly auf, um diese in der folgenden Pause zwischen dem zweiten und dritten Akt mit dem läppelhaften Hippolyt zu verheiraten. Frasquita treibt inzwischen mit Armand ein häßliches Spiel. Als er sie zu haben glaubt, wird sie plötzlich hundschänzig toll. Er spielt beleidigte Bebermurt und schiebt ab. „Sie“ — muß schleunigst die bedrohliche Existenz des dritten Aktes retten, also: Umkehr, Reue, Maritimesepisode einer Zigeunerdomo, mit Friedlichtrafikenolären. — Dritter Akt: Veria! Wie? Welche Keris, versucht elegant in Frasqs, sprechen um ihren Weibern! Also Milieuschilderung! „Sie“ ist plötzlich auch da, die arme Zigeunerin in fabelhaften Kostümen und dem sonst bei Zigeunerinnen nicht üblichen seinen Brillen. Kurzum, sie kriegen sich. Ich hätte mir an Frasquitos Stelle zwar lieber den feurigen jungen, verliebten Sebastiano ausgesucht . . .

Um die Debe dieser Handlung zu übersehen, bedurfte es einiger frische spendender Dosen in der Wäste. Tadlowker lang der Armand. Das war die eine! Seine Kopfstöße lösten fessellose Stürme des Weils hingerissener Herzen. Er war Kammerfänger durch und durch, Lohengrin im Julettanzangul! Dann: Martha Carol von der Sudaroster Staatsoper. Sie gab Frasquita, stimmlich mehr Oper als Operte. Bija Weiss als Dreilige Dolly und Eugen Kalkas als grotesk-leinlicher Hippolyt, beide ein lustig-demagogisches Erbeitemoment in allen übrigen Rührseligkeiten. Der dirigierende Komponist Franz Lehár: feingestimmte Perle, Schönheitssplästerchen auf der etwas angestaubten Welt, verpanischer Rhythmus, dem man gern etwas Jazzband-Wesfer auf seine Behäbigkeit gestreut hätte, alles schon ein bißchen „dagewesen“, ohne den zündenden Funken früherer Erfindungsstrotz Behärscher Schläger.

Bühnenbilder von schwanzendem Wert und Eindruck gab Professor Oscar Klein, der auch dem Thalia-Theater ein neues Gewand angelegt hat, über dessen Vorzüge man freizien kann. Die flotten Tänze studierte Jan Trojanowski ein. Aus der Menge der Mitwirkenden sei Gustav Rog als Sebastiano und Anton Gampert als Juan genannt. Weillal und Blumim gab es in Fülle. Die Aufführung zeichnete sich durch 4 1/2stündige Dauer aus. Das Haus war überfüllt. Die Bodmuseen wurden geschont.

Das gefälschte „Bismarck“-Drama.

Emil Ludwig sendet uns aus Athen folgenden Protest gegen die Umfälschung, die sein „Bismarck“-Drama bei der Aufführung im Berliner Apollo-Theater erfahren hat:

„Nur unter den drei Bedingungen: erste Schauspielerei, kein Zuschlag, keinerlei monarchistische Umfälschung, willigte ich in die Aufführung im Apollo-Theater. Schon vor den Proben sah ich aber, daß die Diktion keine dieser Bedingungen ganz erfüllen wollte. Da sich trotzdem die Bühne mit ihrem ganzen Apparat als teilweise unüberwindlich zeigte, verzichtete ich auf einen Kampf, den ich nur halb gewinnen konnte, publiziere dagegen am 15. Dezember, daß ich für alles unverantwortlich sei, was dort geschah, und reiste ab. Doch das Stück, wie Sie selbst erwähnen, ohne Ausstattung wirksam werden kann, beweist der Dauererfolg in Frankfurt, wo wir es als Kammerstück inszenierten; wie dies auch in dessen in Königsberg, Bremen usw. geschahen sein mag. In dem bei Reppenweier erschienenen Buchdrama findet sich weder der Berliner Titel noch eine Szene mit Schiffen und Nachtparade, weder ein Ball noch ein ganzer Landtagsaal. Dagegen ist Bismarcks Eigenwelt von drei Seiten: Boffosse, Birkow, Kronprinz, Ma, breit aufgebaut. Lassalle hat drei Bilder und der Schluß des Stückes zeigt in einer Debatte zwischen Bismarck und Viktoria deutlich die Grenzen der Blut- und Eisentheorie.“

Aus allen meinen Büchern und Aufführungen spricht eine so entscheidende demokratische, antimonarchistische Grundgesinnung, daß ich mich, angesichts des vorliegenden Buchdramas, nur auf dessen Text zu berufen brauche, um jede falsche Deutung, Ausbeutung und Umdeutung im Sinne der Nationalisten abzulehnen. Gerade das Bestreben, entgegen der früheren Lehre, die ganze Passivität des Königsreiches darzustellen, während andererseits Bismarcks Genie dauernd von Männern und Frauen der königlichen Familie gehemmt wurde, veranlaßte diese Form, die nichts sein will, als dramatische Fälschung, gesehen von allen Parteipunkten.“

Die Ironie der Logoschädel hat es gefügt, daß dieser Protest gerade zu einer Stunde eintrifft, wo nationalistische Erdremmer über die „Tendenzmade“ eines Tollerischen Dramas Feier schreiben. Dieselben Ehrenmänner, die kein Bedenken tragen, eine tendenzlose Diktura für ihre autoritären Zwecke umzuformen und die gegen den Willen des Dichters verübte Fälschung zum Anlaß monarchistischer Rundgebungen zu mißbrauchen.

Erstaufführungen der Woche. Dienst. Stadttheater: Welt der Sandwetter. „Guten Morgen, Herr Richter!“ Comedia Volonté. „Proletar Klenow“. Renaissance-Theater: Die flüchtigen Verliebten. — Mittw. Die Tribüne: „Nipser Sim will nicht hören“.

Marxismus und Volkspartei.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei beschäftigt sich mit dem Wesen des Marxismus. Er lehnt die Wirtschaftstheorie, das Wirtschaftsprogramm und die Geschichtsphilosophie des Marxismus ab, erkennt aber an, daß seine Kritik am Kapitalismus und seine sittliche Forderung berechtigt ist. Es heißt da:

„Der Marxismus ist Kritik. Kritik am Kapitalismus. Und wenn man vorurteilsfrei die auf sich wirken läßt, so kann man oft den Schorfim ihres Urhebers bewundern. Die Ausführungen über die Anarchie der Produktion, über die Krisenwirtschaft, die periodische Zerstörung von Produktkräften und Produkten usw. decken zweifellos Mängel der kapitalistischen Wirtschaftsform auf.“

Und an anderer Stelle:
„Aber der Marxismus ist auch sittliche Forderung. Und diese Forderung ist derart, daß niemand wagen darf, ihr zu widerstreben: Unterordnung des Einzelnen unter das Wohl der Allgemeinheit; die Forderung „sozialer“ Denkens und Handelns. Kein Zweifel: wenn es gelänge, diese Forderung in die Tat umzusetzen, dann wäre der furchtbare Abgrund geschlossen, der die gesamte Gegenwart zerstreut; der Arbeiter und Arbeitnehmer, Bürger und Profetariat wie feindliche Pole gegeneinander gestellt hat. Freilich, diese Forderung ist weder neu, noch dem Marxismus eigenständig. Sie ist so alt wie das Christentum und dessen eigenes Eigentum. „Liebe deinen Nächsten als dich selbst.“ Freilich, mit der Verwirklichung dieser Forderung steht es immer noch traurig aus. Heute mehr als je. Sicherlich aber ist die Forderung sozialen Denkens eine der vornehmsten, die an den Menschen und an den Christen gestellt werden kann.“

Das liest sich etwas anders, als die Episteln Kahr's gegen den „jüdischen Marxismus“, der angeblich die Grundlagen des Staates und der Gesellschaftsordnung zerstört. Aber als Kahr seinen Kreuzzug begann, fand er gerade im Lager der Volkspartei lebhafteste Zustimmung. Man darf deshalb annehmen, daß die Mahnungen des Pressedienstes sich vor allem an die Mitglieder der eigenen Partei richten. Ob sie Erfolg haben werden, muß nach der Stimmung in weiten Kreisen des Unternehmertums bezweifelt werden.

Beamten-Abbau in Preußen.

Der Vollausschuß des Preussischen Landtages hat gestern Abend die Vorlage über den Beamtenabbau angenommen. Die wichtige Frage der Beschwerdemöglichkeiten wurde folgendermaßen geregelt: Zunächst besteht die Möglichkeit, gegen Entlassung auf Grund mangelnder Leistung Beschwerde an das Staatsministerium zu richten. Dann besteht vor allem die Möglichkeit der Beschwerde an einen Vertrauensauschuß zum Nachweis, daß die sozialen Verhältnisse des Abbaureisenden nicht genügend berücksichtigt wurden oder zum Nachweis, daß die Entlassung aus politischen oder konfessionellen Gründen erfolgte.

Der Vertrauensauschuß aus einem richterlichen Beamten als Vorsitzenden, dessen Ernennung im einzelnen geregelt ist, sowie aus einem Vertreter des in Frage kommenden Dienstzweiges und einem Vertreter der entsprechenden Berufsklasse (Beamtenorganisation) hat auf die Beschwerde hin die tatsächlichen Feststellungen zu machen. Alle tatsächlichen Feststellungen dieser Sachverständigen, die zwar nicht entscheidet, aber doch ihre Auffassung formuliert, sind für das Staatsministerium schließlich bindend.

Wenn das Staatsministerium dennoch zur Entlassung schreiten will, dann ist das nur bei einer Dreiermehrheit im Staatsministerium möglich, und das Votum des Staatsministeriums muß in diesem Falle einem Kontrollauschuß des Landtages vorgelegt werden. Dieser Kontrollauschuß kann im übrigen auch von sich aus Erhebungen veranlassen.

Wie aus diesen Darlegungen hervorgeht, hat Preußen, gemäß den durch die schlechten Erfahrungen beim Abbau im Reich, in der Abbaufrage starke Schutzmaßnahmen zugunsten der Beamten getroffen. Die schlechten Erfahrungen im Reich sind unseres Wissens besonders bei Post und Eisenbahn festzustellen. Ist es doch vorgekommen, daß Eisenbahner, die von den Franzosen ins Gefängnis geworfen worden waren, die Kündigung im Gefängnis zugestellt wurde. Auch an anderen Stellen macht der Abbau im Reich öfters den Eindruck von Ueberstürzung, die kaum der Sparsamkeit, in deren Interesse doch der Abbau betrieben werden soll, dienen kann.

Im Sparauschuß des Reichstages, der bekanntlich die Ueberwachung des Personalabbaues auszuführen hat, wurden die Maßnahmen, die zum Zwecke des Personalabbaues durchgeführt worden sind, einer eingehenden Erörterung unterzogen. Dem Reichspostministerium wurde in zahlenmäßiger Darstellung ein Bild des bisher vollzogenen Abbaues gegeben. Danach wurde der Personalbestand, der bei der Post am 1. Oktober 1923 vorhanden war, bis Ende dieses Jahres bereits um über 10 Proz. der Beamten und Angestellten vermindert. Im Reichspostministerium selbst wurden im höheren Dienst 26 Proz., im mittleren Dienst 30 Proz. und im unteren Dienst 20 Proz. abgebaut. In erster Reihe wurden die über 60 Jahre alten Beamten vom Abbau betroffen.

Dem Reichsfinanzministerium wurde erklärt, daß in Kürze eine Verfügung erlassen werde, wonach Schwerekriegsbeschädigte nur aus ganz zwingenden Gründen entlassen werden dürfen, eine Entlassung von Blinden möglichst überhaupt nicht in Frage kommen darf. Der Vertreter des Sportministeriums gab die Erklärung an, daß es nicht im Sinne der Personalabbaubewertung läge, Beamte, die zur Verminderung des Personalbestandes von den Abbaumaßnahmen betroffen worden seien, durch Neueinstellungen zu ersetzen. Er wies weiter darauf hin, daß die Erörterungen darüber, ob und in welcher Weise, u. a. etwa durch Anstellung, für die anderweitige Unterbringung des entlassenen Personals gesorgt werden könne, dem Abschluß nahe seien.

Der „Jude“ Wolff.

Der Münchener Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ beschäftigt sich mit den „Verfassungswirren in Bayern“. Er bedauert, daß Hitler zu früh losgelassen hat. „Bleibe Lösungen“ hätte zwar auch ein Beringen des Reichsparlaments nicht bringen können, aber man hätte dann eine Basis für deutsche Politik gehabt und brauchte nicht das „schändliche Schauspiel“ zu erleben, daß politische Gladiatoren, wie ein Herold Kämpfer, jüdische Emporkömmlinge, wie der von Erzberger gemachte Otto Wolff, auf einem Posten mit den Franzosen Aufenposten machen. Der Münchener Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ lert sich. Der „Jude“ Wolff kommt aus einer uralten katholischen Familie und gehört der Zentrumspartei an. Das könnte zwar auch der „Deutschen Zeitung“ bekannt sein, aber um der „Judenrepublik“ ein ausgewachsen werden auch katholische Zentrumsanhänger in Juden umgetauft, wenn es in den Kram paßt.

Der fällige Wch.

Das längst erwartete Ereignis, mehr in der letzten Nacht vollkommen geworden: das Querschnittsgericht über den Rückgang hinausgegangen, daß der härteste und ältteste Schneepanzer diesem Ansturm nicht mehr widerstehen konnte und mit der Aufstellung bereits begonnen hat, den Menschen leinewege zum Wohlgefallen. Denn das erste Ergebnis ist fürchterlich, übertrifft bereits heute alle Erwartungen und wird sich in den nächsten Tagen noch viel ärger und unerträglicher bemerkbar machen. Die Verkehrsstraßen der Innenstadt und die großen Ausfallstraßen bilden vielfach riesige Schlammseen, deren Umschreibung große Mühen macht, oft aber völlig unmöglich ist und infolgedessen zur sofortigen vollkommenen Durchweidung des ganzen Schmutzes und Durchdringung der Straße führt. Andere Straßen, in denen ein geringer Verkehr herrscht, werden dieses Unheil erst in den nächsten Tagen erleben. Die Anhäufung der Schneeburgen auf den Bürgersteigen hat am Straßenrande erreicht sich je länger je mehr als eine Unzulänglichkeit, denn der zergangene Schnee mit den Ueberresten dieser Maßnahmen leidet nicht den Gefallen, sofort in den Rinnstein abzuschießen, sondern flaut sich vielfach auf den Bürgersteigen und bildet dort nichtliche Schmelzen, die sich alsbald in veritable Moräste verwandeln. Besonders in den Abendstunden ist es geradezu eine Strafe, die Bürgersteige unserer Weltstadt passieren zu müssen. Trotz angelegentlichster Arbeiten der Straßenreinigungskolonnen ist es vielfach nicht einmal möglich gewesen, die Wasserläufe und Kanäle freizulegen, die zum Teil auch wieder durch Wagen, Autos, Fußgänger und neue Schneefälle verstopft worden sind, so daß sich hier in den nächsten Tagen weite Zustände entwickeln werden. Schnellfahrende Autos und Autobusse schleudern den Straßenschutt viele Meter weit umher und verschmutzen den Passanten die Kleidung. Es sei übrigens daran erinnert, daß die Passanten in solchen Fällen grundsätzlich ein Recht auf Schadenersatz haben. Von allen Seiten gehen uns besonders eindringliche Klagen über das vielfache Verlegen der Bürgersteige zu. Als der Schnee fiel, ließ man ihn liegen und streute nicht. Rumher taute es, aber die meisten Hausbesitzer denken nicht daran, den vereisten Schnee von den Bürgersteigen loszuhaben zu lassen. In manchen Straßen und Vororten sieht es ganz besonders schlimm aus. Der „Vorwärts“ hat auf diese Tatsache in den letzten Wochen verständig hingewiesen. Wie recht er mit diesen Hinweisen hat, bemies die bald darauf folgende traurige amtliche Mitteilung vom Montag der verlassenen Woche, wonach nicht weniger als 300 Personen durch die Glätte zu Schaden gekommen sind. Eine weitere Frage waren — dann erst — die strengen Sonderbefehle des Kommandeurs der Schutzpolizei Kaulsch, der die Polizeirevierkommandanten für die Durchführung der Polizeiverordnung über die Reinigung der Bürgersteige von Glätte und Schnee persönlich verantwortlich macht. Nach den uns zugegangenen mündlichen und schriftlichen Beschwerden scheinen die Revierkommandanten diese Aufforderung leinewege so ernst genommen zu haben wie man es erwarten durfte. Nun aber ist höchste Eile endlich geboten. Es darf keine Stunde mehr gesäumt werden, wenn Verkauptes nach nachgeholt werden soll. Im anderen Fall mögen sich die Behörden nicht wundern, wenn ihnen aus dem Publikum Anklagen über ein Verlegen entgegenfallen. Der Vollständigkeit halber sei der Vorstoß eines ganz Gestrifteten erwähnt, der da meint, bei derartigen außergewöhnlichen Naturereignissen könne doch mal die Reichswehr eingesetzt werden. Die Reichswehrgesellschaft ist gesunde kräftige, wohlgenährte junge Leute mit gutem Schutze und es würde leinewege etwas Ungewöhnliches sein, wenn sie sich auch mal der Berliner Bevölkerung zur Befreiung dieser Not zur Verfügung stellen. Es sei in allen Evidenz der Welt lässlich, daß bei Naturkatastrophen — Ueberflutungen usw. — Militär zur Hilfe herangezogen werde. Was jetzt über Berlin gekommen, sei auch nicht mehr als eine Naturkatastrophe und die Reichswehr werde sich in der Berliner Bevölkerung große Sympathie erwerben, wenn sie auch einmal „produktive Arbeit“ leistet.

Die Kodelbahnen des Müggelsees gesperrt.

Infolge des plötzlich einsetzenden starken Tauwetters, ist das Betreten der Kodelbahnen in den Müggelseen zu einer Lebensgefahr geworden. Daher sind alle Kodelbahnen in den Müggelseen schon von heute ab vollständig gesperrt werden. Auch vor dem Betreten des Müggelsees wird dringend gewarnt.

Eine Goldhypothenekfabrik.

200 Aktiengesellschaften und kein Geld.
In eine eigenartige Werksatz zur Fabrikation von Aktiengesellschaften auf dem Gebiete des Grundstücks- und Hypothekenspekulationen leuchtete eine Bekanntmachung hinein, die vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte in einer Anlage gegen den Kaufmann Bäder stattfand. Die finkende Papiermarkt hatte ein Konfession geschäftsgewandter Leute angeregt, mit Hilfe ausländischen Kapitals Häuser in Berlin und anderen Städten aufzubauen. Als Mittelsmann wurde Prinz Kraft von Hohenzollern-Dehringen nach Wien geschickt, um dort Geldgeber für den Plan zu gewinnen. Nachdem er bei hohen Würdenträgern Abschnürungen erfahren hatte, gelang es ihm, den Vorhaben eines großen Kontingentes zur Herange von Kapitalen zu veranlassen. Es wurden dann auch etwa 24 Grundstücke erworben. Rumher ging es an die Gründung von Aktiengesellschaften, die in Form von Rohmenschenschaften erfolgen. Nicht weniger als 200 Eintragungen in allen Städten Deutschlands wurden beantragt. Als Namen für die Grundstücksaktiengesellschaften wurden fast alle deutschen Städte in Verbindung mit Berlin gewählt. Daraufhin erhob sich ein Proteststurm der Registerbehörde und zuständigen Handelskammern, da durch diese Fabrikation von Aktiengesellschaften ohne Vermögen das Vertrauen des Publikums zu dem Aktienmarkt untergraben würde. Ein Berliner Rajar fand sich aber auf, der diese Strohmangungsbauungen in die juristische Form der Aktiengesellschaften brachte. Inzwischen müssen sich die Gründer aber untereinander entzweit haben, denn es kam gegen den Geschäftsführer Bäder zu einer Strafanzeige wegen Untreue. Die Verhandlung erregte ein charakteristisches Bild über die Gründung von Aktiengesellschaften in der jetzigen Zeit. Als Beschlußnahme trat ein früherer Gewerberat Dr. A. auf, der Vorsitzender der finklichen 200 Aktiengesellschaften gemeldet war und der urteilte, daß diese Aktiengesellschaften von Strohmängern gearndet waren. Ueber einmalige Gesellschaften dieser 200 Gesellschaften war der Vorsitzende der selben merkwürdigerweise überhaupt nicht in der Lage, Auskunft zu geben. Der Ankläger Bäder erklärte, daß er den Schwindel mit den Goldhypotheneken gegen den der Klante-Rummel ein Kinderpiel riefen sei, nicht mehr mitmachen wolle. Nachdem er ihn erkannt hatte, darauf habe er den Spieß umgedreht und gegen ihn Anklage erhoben. Die Verhandlung betraf die Bäder behauptete, mehrere demüthigt worden sei, weil er es nicht mitmachen wolle, daß die 200 Aktiengesellschaften die eine Anzahl Grundstücke mit anderer mehrmaligen Wert zum Verkauf zu bringen haben. Die Grundstücke sind nicht mehr, sondern werden Wert mehrmaligen Grundstücke besitzen. Diese Grundstücke sollen dann als logenante mehrmaligen Grundstücke in großen Publikum unterbreitet werden. Mit Recht habe sich der Ankläger Bäder gegen den Kaufmann A. in dem Stande mit aus sehr bedauerlichen Gründen widersetzt. Die Anklage gegen ihn ist nur ein Nachspiel. Das Gericht kam gemäß den Anträgen der Beteiligten und des Staatsanwalts zu einer

Freisprechung, da nicht festgestellt sei, daß der Angeklagte über Vermögensstände der in Frage kommenden Aktiengesellschaft ein eigenmächtig verfügt habe. Eine strafrechtliche Verurteilung sei leinewege nachweisbar. Ob eine Verurteilung oder Schädigung erfolgt sei, könne nur auf zivilrechtlichem Wege ausgeforscht werden. Angeblich schwach wegen dieser Sache ein ganzer Kattenkönig von Zivilprozessen.

Nach drei Jahren.

Die Aufklärung einer schweren Bluttat.

Ein Raubüberfall auf ein Berliner Händlerpaar, bei dem die Frau getötet wurde, während der Mann mit dem Leben davonkam, ist jetzt nach mehr als drei Jahren von der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt worden.

Ein Händler Hirschhaut aus der Vinkenstr. 21, ein schon betagter Mann, pflegte mit seiner Frau über Land zu gehen und seine Waren in Dörfern und auf Gärten anzubieten. Am 7. September 1920 besuchte das Paar auch ein Gut in der Nähe von Angermünde. Bald darauf wurde es auf dem Wege zwischen Feldow und Schönberg von zwei Männern überfallen. Das Paar wurde später vollständig ausgeraubt aufgefunden und nach dem Krankenhaus in Angermünde gebracht. Frau Hirschhaut erlag dort ihren Verletzungen, ihr Mann wurde trotz seiner schweren Wunden gerettet. Gestern nun nahm Kriminaloberwachmeister Brumme am Schließenden Bahnhof einer jener Russen fest, die dort herumspazieren pflegen, von Berlin aus namentlich Gutseinbrüche in der Provinz auszuführen und dann bandenmäßig auszuführen. Er legte sich einen falschen Namen bei, nannte sich denn Vändarvänder So m n i k t l. 25 Jahre alt, heißt aber in Wirklichkeit nach anders. Die Polizei stellte bald fest, daß dieser angebliche Somnighl unter diesem Namen zur Zeit des Ueberfalls mit einem Landsmann zusammen auf einem Gute bei Angermünde gearbeitet hat, und ein gemäßigter Mensch ist. Sie legte ihm die Tat auf den Kopf zu. Der Verhaftete leugnete hartnäcklich bis ihn Hirschhaut, der sich heronohelt wurde, bei der Gegenüberstellung bestimmt als den Mann wiedererkannte, der die Schüsse auf ihn und seine Frau abgegeben hatte. Jetzt legte er unter dem Druck des Verhaftungsmaterials ein Geständnis ab. Nach der Tat erkrankte Somnighl noch 3 Monate lang auf dem Gute weiter und kam dann nach Berlin, um von hier aus neue Raubzüge zu unternehmen. Er gehörte auch zu der Bande, die bei einem Beutezuge einen Landwirt überfiel und erschoss. Von dieser Bande wurden kürzlich drei Männer wegen der Ermordung des Hofjägers vom Schwurgericht in Guben zum Tode verurteilt. Seinen Helfershelfer bei dem Ueberfall auf das Händlerpaar konnte Somnighl nicht einmal dem Namen nach, weil er nur kurze Zeit mit ihm zusammen arbeitete. Er ist wahrscheinlich über die Grenze nach seiner Heimat entkommen.

Kolpingung in der Kirche. Eine Spelung von Kolpingen findet jetzt täglich in der geschlossenen und geheijten Vorhalle der Nikolauskirche in Neudölln statt. Öffnet die Kirchen nach weit mehr für die Rat! Der liebe Gott muß sich sonst doch wundern, daß außerhalb der Kirche die Menschen verhungern und erfrieren.

Die Wertpapierverhandlung des Postamts 1 ist soeben aufgegeben worden; Steuermarken und Invalidenversicherungsmarken sind künftig nur an den Schaltern der Postämter erhältlich.

„Gegen Kinderelend und Schulnot“ heißt das Thema der Kundgebung, die am Sonntag, 20. Januar, vormittags 10^{1/2} Uhr, im ehemaligen Secrebanale, Vespianer Straße 3-7, zum Hund entwidener Schulreform veranstaltet wird. Es sprechen: Paul Dehnbach, Rabe Reuefeld, Dr. Gerhard Langner, Hermann Kühn, Dr. Heinrich Müller, Lydia Eißler, Dr. Ernst Goldber, Graf Rica. Die Rede, die das ganze Schulwesen in kurzer Zeit einen umkehrten, niemals wieder aufzukommenden Zusammenbruch erlebt, ist so groß und unerschütterbar, daß alle Eltern, Erzieher und Jugendfreunde die unabweisbare Pflicht haben, sich über die schwebenden Gesagen zu unterrichten.

Zentralverband der Angehörigen Jugendabteilung. Jubiläumsvorabend: „Der letzte Berg“, heute Abend 7^{1/2} Uhr in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Dönhofs-Platz 2-5. Vortragender: Reichsgerichtlicher Rat Rantow. Eintritt 50 Goldpfennig.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Abt. Die Funktionärshaltung findet umständlicher nicht Sonntag, sondern erst am Montag Abend um 8^{1/2} Uhr bei Dehnbach, Seinerstraße 11, statt. Die Tagesblätter werden zu der wichtigen Mitgliederversammlung am Mittwoch ein.
13. Abt. Rieber, Kämpfer. Mittwoch, den 23. nächste Mitgliederversammlung bei Schöber, Vinkenstr. 10. Die Tagesblätter müssen dazu einlesen.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung Eißler (Schüler und Absolventen): Heute Abend 8^{1/2} Uhr in der Schulaula Waldenberger, Graf Reuefeld: Die Tage der „Bilder“: Reginald Rebers: „Die Jugend in Berlin“ u. a. M. Eintritt 7^{1/2} Uhr. Beginn 8^{1/2} Uhr. Eintritt 10 Goldpfennig. Anschließt der große Unkosten mit einer Regalung von 10 Goldpfennig erhalten.
Abt. 1 und 11. Montag, Sonntag, 20. Januar, Führung durch den Müggelsee. Treffpunkt 10^{1/2} Uhr Strom-, Graf Reuefeld.

Theater der Woche.

Vom 20. bis 28. Januar 1924.

Kellnerhaus 20. 21. 22. 23. bis 27. Von Corio. 21. Die Fahrt nach Oprel. 24. und 25. Jenerseits. 26. 27. Opernhaus 26. Kellnerhaus. 21. Kellnerhaus. 22. Kellnerhaus. 23. Kellnerhaus. 24. Kellnerhaus. 25. Kellnerhaus. 26. Kellnerhaus. 27. Kellnerhaus. 28. Kellnerhaus. 29. Kellnerhaus. 30. Kellnerhaus. 31. Kellnerhaus. 32. Kellnerhaus. 33. Kellnerhaus. 34. Kellnerhaus. 35. Kellnerhaus. 36. Kellnerhaus. 37. Kellnerhaus. 38. Kellnerhaus. 39. Kellnerhaus. 40. Kellnerhaus. 41. Kellnerhaus. 42. Kellnerhaus. 43. Kellnerhaus. 44. Kellnerhaus. 45. Kellnerhaus. 46. Kellnerhaus. 47. Kellnerhaus. 48. Kellnerhaus. 49. Kellnerhaus. 50. Kellnerhaus. 51. Kellnerhaus. 52. Kellnerhaus. 53. Kellnerhaus. 54. Kellnerhaus. 55. Kellnerhaus. 56. Kellnerhaus. 57. Kellnerhaus. 58. Kellnerhaus. 59. Kellnerhaus. 60. Kellnerhaus. 61. Kellnerhaus. 62. Kellnerhaus. 63. Kellnerhaus. 64. Kellnerhaus. 65. Kellnerhaus. 66. Kellnerhaus. 67. Kellnerhaus. 68. Kellnerhaus. 69. Kellnerhaus. 70. Kellnerhaus. 71. Kellnerhaus. 72. Kellnerhaus. 73. Kellnerhaus. 74. Kellnerhaus. 75. Kellnerhaus. 76. Kellnerhaus. 77. Kellnerhaus. 78. Kellnerhaus. 79. Kellnerhaus. 80. Kellnerhaus. 81. Kellnerhaus. 82. Kellnerhaus. 83. Kellnerhaus. 84. Kellnerhaus. 85. Kellnerhaus. 86. Kellnerhaus. 87. Kellnerhaus. 88. Kellnerhaus. 89. Kellnerhaus. 90. Kellnerhaus. 91. Kellnerhaus. 92. Kellnerhaus. 93. Kellnerhaus. 94. Kellnerhaus. 95. Kellnerhaus. 96. Kellnerhaus. 97. Kellnerhaus. 98. Kellnerhaus. 99. Kellnerhaus. 100. Kellnerhaus.

Gewerkschaftsbewegung

Schadenersatz an Gewerkschaften.

Der Streik der Berliner Metallarbeiter im Juli 1923 wurde angelegt durch ein zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Verband Berliner Metallindustrieller vereinbartes Abkommen. Ein Passus dieses Abkommens sagt, daß alle Arbeiter der vom Metallkartell betroffenen Betriebe wieder eingestellt werden.

Die Firma „Deutsche Messingwerke“ hat gegen dieses Abkommen verstoßen, indem sie eine Anzahl der Streikenden nicht wieder eingestellt hat. Diese sind darauf längere Zeit arbeitslos gewesen, ein Teil von ihnen ist es jetzt noch. Die Gewerkschaften beantragen beim Gewerbegericht, festzustellen, daß die Firma verpflichtet sei, ihnen für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit den jeweiligen Tariflohn zu zahlen.

Die Firma erhebt den Einwand, das Gewerbegericht sei nicht zuständig, denn, da das erwähnte Abkommen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossen sei, könnten nur diese beiden Verbände als Vertragsparteien Ansprüche aus dem Abkommen geltend machen. Den einzelnen Arbeitern stehe ein Klagerecht aus diesem Abkommen nicht zu. Glaubten sie sich benachteiligt, so müßten sie durch den Metallarbeiterverband den Verband Berliner Metallindustrieller veranlassen, sein Mitglied zur Erfüllung des Abkommens anzuhalten. Die Arbeiter selbst hätten aber kein Recht, beim Gewerbegericht wegen Nichterfüllung des Abkommens Schadenersatzansprüche zu stellen. Ferner machte die Firma geltend, der Streik in ihrem Betriebe sei gar nicht vom Metallkartell sanktioniert worden, sondern es handle sich um einen wilden Streik, auf den der erwähnte Passus des Abkommens keine Anwendung finde. Schließlich behauptete die Firma noch, sie habe nach Abschluß des Streiks mit ihrer Betriebsleitung ihrer Arbeiter ein Sonderabkommen getroffen, dahingehend, daß 15 Arbeiter nicht wieder eingestellt werden.

Das Gewerbegericht (Kammer 5) erklärte sich für zuständig mit der Begründung, der zur Beilegung des Streiks abgeschlossene Friedenspakt sei vom Metallarbeiterverband als Vertreter der Arbeiterschaft abgeschlossen worden, also habe jeder einzelne Arbeiter das Recht, wegen Nichterfüllung des Abkommens zu klagen. Es handle sich um einen Fall, der den Streikenden die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zusichert. Hiernach sei die Zuständigkeit des Gewerbegerichts nach § 4 des Gewerbegerichtsgesetzes gegeben.

In der Sache selbst hielt das Gericht durch die Beweisaufnahme für festgestellt, daß der Streik bei der betroffenen Firma durch die Streikleitung des Metallkartells sanktioniert worden ist und daß der Abschluß eines Sonderabkommens, wonach die Firma berechtigt wäre, einen Teil der Streikenden nicht wieder einzustellen, nicht erwiesen werden konnte. Das Gericht erkennt an, daß die Firma schadenersatzpflichtig ist, jedoch billigt es den Klägern nicht den vollen Tariflohn für die Dauer

ihrer Arbeitslosigkeit zu, der es Urteil geht dahin: Die betroffene Firma ist verpflichtet, den Klägern den Schaden zu ersetzen, der durch den Streik entstanden ist, doch ist nach Abschluß des Streiks nicht wieder eingestellt worden sind. Mit der Rechtsforderung werden die Kläger abgewiesen.

Jahresversammlung der Sattler.

In der am Donnerstag in „Boekers Festhölle“ abgehaltenen Jahresgeneralversammlung der Berliner Verwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuliers gab Bäume zunächst unter Geschäftlichem bekannt, daß das Verbandsorgan vorläufig wieder alle 14 Tage erscheint und es den Mitgliedern zur Pflicht gemacht werden muß, nach Möglichkeit Abbonnent zu werden. In seinem Rassenbericht streifte Bäume die Mitgliederbewegung im verflochtenen Quartier. Am Schluß des Quartals wurden 3700 Mitglieder gezählt. Einnahmen und Ausgaben standen im Zeichen der Wertenerhöhung. Durch die eingetretene Stabilität der Währung konnten auch die Finanzen der Volkstasse wieder saniert werden.

Aus dem Jahresbericht, den der Bevollmächtigte Müller erstattete, sei folgendes hervorgehoben: Die gesamte gewerkschaftliche Tätigkeit wurde durch die rapide fortschreitende Geldentwertung ungeheuer gelähmt. Auch die Beziehung des Ruhegebiets ist nicht spurlos an uns vorübergegangen. In Hand der Industrie und des Dollarturms löst sich die unochter Größe der Geldentwertung nachweisen. Besonders schwierig war die Festlegung der Löhne in den keinen Reparaturwerkstätten. Bei verschiedenen Gruppen unseres Berufes, wie Film, Theater und dergl., werden die vererblichen Lohnsätze automatisch übernommen. Die Zahl der Klagen beim Gewerbegericht, Schlichtungsausschuss und Demobilisierungskommission war so groß, daß nicht alle Klagen vertreten werden konnten. In verschiedenen Betrieben verließen die Kollegen durch Nichtzahlung der Arbeit selbst ihre Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Arbeitslosigkeit hat einen nach wie vor riesigen Umfang angenommen. Was eingetreten ist, war eine unangenehme kapitalistische Entwicklung. Der Zwang zur Arbeit für Erwerbslose muß schmerzhaft abgeschrieben werden. Eine große Rolle spielte bei allen Verhandlungen die Arbeitszeitfrage. Was von den Behörden in Bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit begonnen ist, wirkt sich auf alle Berufe aus. Auch bei uns werden die Löhne gelindert. Die höchste Ertragsleistung der Revolution, den Achtstundentag, müssen wir zu erhalten suchen. Nicht alle Kritik gegen die Gewerkschaften und den IGB war berechtigt, sondern zu einem großen Teil trug die Kollegen selbst Schuld an ihrer mißlichen Lage. Wir haben in unserer letzten Verbandsgeneralversammlung in Offenbach den Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossen. In Zukunft ist mehr als bisher die Mitarbeit der einzelnen Funktionäre erforderlich. Wir müssen einig sein, um unser Ziel zu erreichen.

In der Diskussion kam eine besondere Empörung über das rigide Vorgehen gegen die Erwerbslosen, die gezwungen werden, Arbeiten ohne Bezahlung zu verrichten, zum Ausdruck.

Ein Antrag, welcher die Wahl der Ortsverwaltung bis zur nächsten Generalversammlung, in der ein Referat über die „Bel-

mazer Konferenz“ gehalten werden soll, zurückgewiesen werden will, fand Annahme. Die Organisationspoker sind also auch hier am Werk. Der den Unternehmern nicht Vorjubel leisten will, muß sich dem Zerstörungswert widersetzen.

Auch die Glasermeister machen mit.

Die Berliner Glasermeister haben das Lohnabkommen und auch den Mantelvertrag gekündigt, der noch bis zum 31. April läuft. Aus welchen Gründen der Mantelvertrag gekündigt ist, ist nicht recht begrifflich. Wollen die Herren vielleicht die Arbeitszeit verlängern? Bei 60 Proz. Arbeitslosen im Beruf ist man doch auf die Begründung gespannt. Mit dem Lohnabbau werden die Herren wohl wariert müssen, bis sie auch ihre Preise abbauen. Diese betragen immer noch 30 bis 50 Proz. über dem Friedenspreis. Bei der Verhandlung mit der Stadt Berlin haben sie eine Preisoberabhebung abgelehnt und die Stadt auf eine neue Verhandlung vertrieben.

Kollegen, beachtet die Verhandlungsangelegenheiten an anderer Stelle und erscheint geschlossen in der Versammlung.
Die Fachgruppenleitung.

Solidarität englischer Seeleute.

In Anbetracht der Berichte, daß deutsche Seefleute, die jetzt in England streiken, von den deutschen Konsuln dahin unterrichtet werden seien, sie würden bei ihrer Rückkehr nach Deutschland gerichtlich belangt werden, hat laut „Daily Herald“ gestern eine Konferenz in London stattgefunden, auf der beschlossen wurde, den deutschen Botschafter dahin zu unterrichten, wenn die deutschen Schiffbesitzer zu einer herabigen Taktik übergingen, so würde sich das Signal für die englischen Post- und anderen Arbeiter sein, sich zu wehren, irgendwelche deutsche Schiffe in britischen Häfen zu laden oder zu entladen. Der Vorsitzende des nationaler Seemanns- und Heizerverbandes, Harold Wilson, der diese Konferenz leitete, erklärte, über Erfolg der deutschen Schiffbesitzer, Streikbrecher einzuführen, werde das Signal für eine Arbeitsblockade sein. „Daily Herald“ zufolge wird heute eine neue Konferenz abgehalten.

Die Abstimmung in der Mannheimer Metallindustrie ergab die Annahme des Berufsverbotsgesetzes (sowohl durch die Arbeitgeber wie durch die Arbeitnehmer).

Kammernale Betriebsrat, Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr. Vollversammlung im Großen Saal des Gemeindefesthauses, Engelstraße 14-16. Als Ausweis dient die vom Gemeindefesthaus den Betrieben übergebene Legitimation. Ohne diese kein Zutritt.

Stützpunkt, Montag, den 23. 7 Uhr. Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Kappelerstraße 10. Wahl der Gruppenleitung. Jeder Kollege muß erscheinen.

Zusammenkunft im Zentralverband der Wasserverwerke, Sonntag, den 24. 7 Uhr. Besprechung der Zusammenkunft im ZVW, Ortsgruppe Groß-Berlin, einen Besprechungsabend, „Der schöne Berg“, in der Aula des Köpenicker Gymnasiums, Inselstraße 2-3. Auf Wunsch des ZVW sind auch die älteren Verbandsmitglieder herzlich eingeladen. Es wird um recht regen Besuch der Veranstaltung gebeten. Eintrittspreis 30 Pf.

Bezirksamtliche für Politik: Groß-Kreuzer; Wirtschaft: Ernst Göttsche; Gewerkschaftsbewegung: P. Schmitt; Funktionäre: R. S. P. Schmitt; Solales: Hans; Sanftmütige: Fritz; Wasserverwerke: H. Müller; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Einbinder: H.

**Billige
Strümpfe
* Lage ***

- Ein Post Damen-Strümpfe Baumwolle Damen-Strümpfe in schwarz und leder 40 Pf.
- Ein Post Damen-Füßlinge in schwarz und leder 35 Pf.
- Ein Post Damen-Strümpfe besonders haltbare Gewebe, in schwarz, leder und weiß 75 Pf.
- Ein Post Damen-Strümpfe feines Flechtgewebe, mit Doppelsohle und Hochferse 125 Pf.
- Ein Post Damen-Strümpfe Seidener, mit kleinen Webelöchern 95 Pf.
- Ein Post Damen-Strümpfe Kunstseide, in glatt und mit Lanfmasche, 198 in allen modernen Farben 1 Pf.
- Ein Post Damen-Strümpfe Welle plattiert 1 Pf.

- Ein Post Kinder-Strümpfe Baumwolle in schwarz und Leder, in allen Größen vorrätig, Größe 1 Paar 35 Pf. Jede weitere Größe 10 Pf. mehr.
- Ein Post Kinder-Strümpfe Wolle, in schwarz und leder, in allen Größen vorrätig 85 Pf. Jede weitere Größe 10 Pf. mehr.
- 1 Post. woll. Kinder-Handschuhe gestrickt, in allen Größen vorrätig, besonders preiswert, Al-4-röhren vom Durchschlitzspritz 35 Pf.
- 1 Post. Dam.-Schlupfbeckkleider gutes Trikotgewebe, in allen Größen vorrätig und in allen Farben 145 Pf.
- 1 Post. Herr.-Mako-Jacken in allen Größen vorrätig 105 Pf.
- 1 Post. Herr.-Mako-Hemden in allen Größen vorrätig 105 Pf.
- Ein Post. Herr.-u. Dam.-West. Semi-Formel in allen modernen Farben u. Größen 14.50 Pf.

- Ein Post Herren-Socken grobes Schweiß-Gewebe 35 Pf.
- Ein Post Herren-Socken angenehm in Tragen 50 Pf.
- Ein Post Herren-Socken Baumwolle, in schwarz u. modernen Farben, verstärkte Ferse u. Spitze Paar 65 Pf.
- Ein Post Herren-Socken feine Welle, in schwarz u. leder Paar 95 Pf.
- Ein Post Herren-Socken grob, gestrickt, reine Welle 95 Pf.
- Ein Post Herren-Socken Welle plattiert, unverwundlich im Tragen 75 Pf.
- Ein Post Herr.-Garnituren Jacke u. Hose, in modernen Farben, in allen Größen vorrätig 5 Pf.

Kaufhaus Tempelhof Inhaber: Edmund Elend
Berliner Strasse 126, Ecke Kaiserin-Augusta-Str. Fahrverhältnisse: Straßenschild 99, 1. St. Nordost 1. St. 19. St. Ostend

Großer Extra-Verkauf

Porzellan u. Steingut mit kleinen Fehlern

Mengenabgabe vorbehalten

Verkauf im Lichthof

zu enorm billigen Preisen!

Weißes Porzellan

Steingut weiß u. bunt

- Spiseteller tief oder flach 28 Pf.
- Abendbrot-Teller 18 Pf.
- Kompott-Teller 12 Pf.
- Bratenplatten oval 2,20, 1,05 M. 70 60 Pf.
- Terrinen mit Deckel, oval 2 70, rund 225
- Kartoffelnäpfe mit Deckel, oval 180
- Zuckerboxen 25, 30, 20 Pf.
- Kaffeesevice dekoriert, 9teilig 595

- Tafelservice 12teilig, 11teilig 9000
- Milchtöpfe verschiedene Größen 25 Pf.
- Butterglocken 75, 55 Pf.
- Kuchenkörbe 1 Pf.
- Eisschalen 24 Pf.
- Kaffeekannen 75, 55 Pf.
- Teekannen 1,00, 85 M. 55 Pf.
- Tassen mit Untertasse 20, 10, 10 Pf.

- Spiseteller tief und flach, glatt 10, 12 Pf.
- Abendbroteller 12 Pf.
- Obertassen 10 Pf.
- Spülkumpen bunt 15 Pf.
- Milchtöpfe 21 00, 15 75, 11 00, 11 48 Pf.
- Salatschüsseln rund, 48, 64, 80, 90 15 Pf.
- Nachtgeschirr 65, 78 Pf.
- Waschgarnituren 6teilig, 5teilig 525

- Milchtöpfe groß, bunt 60 Pf.
- Milchtöpfe Flachmaße 60 Pf.
- Salz- und Mehlmessen 48 Pf.
- Becher groß 18 Pf.
- Tonnen mit passender Aufschrift 48 Pf.
- Flaschen 15 Pf.
- Wasserkannen 220
- Waschgarnituren Gold, Metall, 6, 8, 9, 6, 75, 695

Damen-Konfektion

Herren-Konfektion

- Wintermäntel aus reinwollenen Flanzschafwolle 13.50
- Astrachanmäntel ganz auf Damast gefüttert, gute Mehr-Qualität 39.50

- Herren-Schlupfer 24.00, 17.50
- Herren-Anzüge gute Verarbeitung, moderne Form 64.00, 28.50
- Herren-Tailenmäntel reine Welle, moderne Form 45.00

Neukölln H. Joseph & Co. Neukölln
Berliner Str. 51-55 Berliner Str. 51-55

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!